



Eurospots

Schlaglichter aus dem Herzen Europas



AUS DEM INHALT

Ausgabe September 2025

- **Ukraine – EU Parlament fordert schnelle Verhandlungen**
- **Handel unter Druck: Europas schwierige Zollverhandlungen mit den USA**
- **Herbst der Entscheidungen – Europa muss jetzt führen**
- **Finanzielle Ausstattung für gemeinsame Agrarpolitik**
- **Kampf um Fluggastrechte**

Liebe Leserinnen und Leser,

nicht nur im Europäischen Parlament spürt man: die Spannung steigt. Der Aggressor im Kreml testet uns vielfältig, inzwischen fast täglich. Wenn 18 russische Drohnen nach Polen fliegen und wir nur vier abschießen, dann ist das ein Erfahrungswert sowohl für Putin als auch für uns. Während unsere Abwehr zwar funktioniert, brauchen wir kosteneffizientere Reaktionsmöglichkeiten. Mit einer Patriot-Abwehrrakete mit einem Preis von bis zu 4 Millionen Euro eine Drone mit einem Wert von 40.000 Euro zu neutralisieren, ist unwirtschaftlich. Hier können wir noch sehr viel von der Ukraine lernen. Auch Cyberangriffe auf Flughäfen und andere kritische Infrastruktur zeigen unsere Verwundbarkeit.

Und unsere amerikanischen Verbündeten erwecken nicht den Eindruck, dass sie auf jeden Fall ihrer Bündnisverpflichtung nachkommen. Stattdessen überziehen Sie uns mit Zöllen. Alles zusammen lässt nur einen Schluss zu: wir Europäer müssen gemeinsam unsere Verteidigungsfähigkeit ausbauen, unsere Wettbewerbsfähigkeit stärken, Außenhandel zum gegenseitigen Nutzen gestalten und den Herausforderungen der Migration mit konstruktiven Lösungen begegnen. Das muss unsere Antwort an die politischen Ränder links und rechts sein, die entweder nach Russland schielen oder am liebsten unsere Länder so umgestalten würden, wie es derzeit Donald Trump in den USA versucht. Das kann unser Weg nicht sein.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Michael Gahler

Ukraine – Verhandlungskapital zügig öffnen



In der September-Plenartagung erhob das Europäische Parlament die Forderung nach einer baldigen Öffnung des ersten Verhandlungskapitels im Rahmen der Beitrittsverhandlungen zwischen der Europäischen Union und der Ukraine. In den kommenden Wochen soll der Abgleich des ukrainischen Rechts mit dem europäischen Recht abgeschlossen werden, was die Grundlage für die nächste Phase der Verhandlungen angeht. Ungarn blockiert dies bisher.

Mit der sehr großen Mehrheit von über 70% bestätigten die Parlamentarier den vom Ständigen Bericht-

erstatte Michael Gahler vorgelegten Ukraine-Bericht, der sowohl den russischen Angriffskrieg, die Reformfortschritte in der Ukraine und die weitere Zusammenarbeit mit der EU adressiert. Gahler strich den starken Rückhalt heraus: „Als Parlament möchten wir ein klares Signal senden, dass die

Ukraine zur europäischen Familie gehört, und dass wir alles tun werden, damit sie so schnell wie möglich ihren rechtmäßigen Platz einnimmt.“

Neben der Würdigung der herausragenden Maßnahmen forderten die Abgeordneten weitere Reformanstrengungen im Bereich der Rechtsstaatlichkeit, der Korruptionsbekämpfung und der öffentlichen Verwaltung.

Bei einem Besuch in Kyjiw Mitte September erfuhr Gahler von der EU-Botschafterin, kein anderer Beitrittskandidat sei so gut vorbereitet gewesen oder habe die EU-Kollegen mit vergleich-

barer Zielstrebigkeit und Qualität beeindruckt.

Im Hinblick auf die veränderte Haltung der USA unter der Präsidentschaft Trumps gegenüber dem russischen Angriffskrieg brachten die Abgeordneten ihre tiefgreifende Besorgnis zum Ausdruck und hoben die bedeutende Rolle der Europäischen Union als strategischer Unterstützer der Ukraine hervor.

Sie forderten die konsequente Umsetzung weitergehender Wirtschaftssanktionen gegen Russland sowie dessen Unterstützer. Darüber hinaus bekräftigten sie ihr Engagement für umfassende Sicherheitsgarantien und die Stärkung der Verteidigungsfähigkeit der Ukraine.

In einem besonderen Absatz verurteilte das Europäische Parlament die Ermordung des ehemaligen ukrainischen Parlamentspräsidenten Andrij Parubij (auf dem Foto links), Ende August in Lemberg, und würdigte seinen lebenslangen Einsatz für eine Annäherung an die EU. Mit ihm hatte auch Gahler jahrelang eng zusammengearbeitet.

Handel unter Druck: Europas schwierige Zollverhandlungen mit den USA

Die aktuellen Zollverhandlungen zwischen der EU und den USA sind von großem Druck und Unsicherheit geprägt. Im März 2025 stellte Präsident Trump mit seiner Entscheidung Zölle auf EU-Importe zu erheben, die jahrzehntelang engen und für beide Seiten vorteilhaften Handelsbeziehungen infrage. Besonders die Regionen in Deutschland, die stark von der Automobilindustrie, dem Maschinenbau und der Landwirtschaft geprägt sind, sehen sich mit dem Risiko von Umsatzeinbußen konfrontiert.

Obwohl die EU und die USA wirtschaftlich auf Augenhöhe sind, existiert ein deutlicher Handelsüberschuss zugunsten der EU. Gleich-

zeitig berücksichtigt Trump in der US-Handelsbilanz nur bestimmte Waren, während digitale Dienstleistungen, in denen die USA führend sind, außen vor bleiben. Entsprechend bildet die EU-Regulierung im Digitalbereich, wie auch die jüngste Verhängung einer Strafzahlung an Google in Höhe von 2,95 Milliarden Euro aufgrund von Wettbewerbsverzerrung, weiteres Konfliktpotenzial. Auch EU-Standards in den Bereichen Umweltschutz, Nachhaltigkeit, Landwirtschaft und Ernährung sind ein wichtiger Faktor in den Handelsbeziehungen.

Im August konnte schließlich eine erste Vereinbarung zwischen der US-Regierung und der EU-Kommission er-

reicht werden, in der sich die EU auf Zollerleichterung für US-Industrieprodukte verpflichtet während die USA den Zollsatz auf europäische Fahrzeuge von 27,5 auf 15% zu senken beabsichtigt. Zudem sicherte die EU zu, Energie im Umfang von 750 Milliarden Euro aus den USA zu importieren, Computerchips in einem Wert von 40 Milliarden Euro in den USA zu kaufen, die Beschaffung militärischer Ausrüstung aus den USA weiter zu steigern und die bürokratische Belastung durch das Lieferkettengesetz zu reduzieren. Diese Vereinbarung gilt es nun zügig umzusetzen, vor allem zum Wohle der Verbraucher auf beiden Seiten des Atlantiks.

Herbst der Entscheidungen – Europa muss jetzt führen

Die Botschaft der Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in ihrer jährlichen Rede im September zur Lage der Union war deutlich: Nicht nur das politische Berlin, auch Brüssel

steht vor einem „Herbst der Reformen“ – und vor allem vor einem Herbst der Entscheidungen.

So betonte die Kommissionspräsidentin, dass Europa

nur durch Geschlossenheit in der Lage sein wird, die geopolitischen Herausforderungen eigenständig zu meistern und die Reformagenda konsequent umzusetzen. Zur Verteidigung



technologie waren nicht ausreichend.

Mit Verantwortung als Leitprinzip bedeutet dies für die CDU/CSU jetzt: Ja zu mehr Europa in Verteidigung. Ja zum transatlantischen Freihandel, aber nur mit verlässlichen Partnern. Ja zu Mercosur, mit fairen Schutzmechanismen für europäische Unternehmen. Ja zur Industrie in Europa und besserer Wettbewerbsfähigkeit durch Bürokratieabbau, pragmatischen Klimaschutz, Technologieoffenheit und Innovationsförderung. Ja zu konsequenter Migrationspolitik, inklusive klarer Rückführungsregeln.

fand sie die richtigen Worte und kündigte u.a. eine europäische Drohnen-Allianz für die östliche Grenze der EU an. Die Ankündigungen zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes blieben hingegen hinter den

Erwartungen zurück. Die notwendige Überarbeitung des Verbrennerverbots wurde allenfalls am Rande erwähnt, die angekündigte Initiative für günstige Elektroautos und weitere Ambitionen zur Batterie-

EU-Richtlinie setzt starkes Signal gegen Kindesmissbrauch

Das Europäische Parlament setzte vor der Sommerpause ein starkes Zeichen im Kampf gegen sexualisierte Gewalt an Kindern im digitalen Raum. Die neue EU-Richtlinie, die derzeit auf den Weg gebracht wird, schließt gezielt bestehende Lücken im Kampf gegen Darstellungen sexuellen Missbrauchs von Kindern, auch im Zusammenhang mit Künstlicher Intelligenz (KI).

Angesichts rasanter technologischer Entwicklungen

wird in der Richtlinie unmissverständlich klargestellt: Künstliche Intelligenz darf niemals als Werkzeug für sexuelle Gewalt an Kindern missbraucht werden. Besitz, Verbreitung und insbesondere die Erstellung von KI-Systemen zur Generierung von Missbrauchsdarstellungen sollen künftig konsequent strafrechtlich verfolgt werden. Damit wird ein klarer Rahmen geschaffen, um den Missbrauch neuer Technologien wirksam zu bekämpfen.

Ein weiterer Meilenstein ist, dass die Verjährungsfristen für diese besonders schweren Verbrechen auf Initiative der EVP-Fraktion vollständig abgeschafft werden sollen. Opfer können also auch Jahrzehnte nach der Tat Anzeige erstatten und erhalten so endlich die Chance auf Gerechtigkeit. Damit wird ein starkes und klares Signal gesendet: Jeder Fall von sexualisierter Gewalt gegen Kinder ist ein schweres Verbrechen und muss entsprechend geahndet werden.

Haushaltsvorschlag auf Abwegen in der Agrarpolitik

Im Juli stellte die Europäische Kommission ihren Vorschlag für den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) für die Jahre 2027 bis 2034 vor, der einen Umfang von rund zwei Billionen Euro hat, was einem Anteil von 1,26% der für diesen Zeitraum projizierten europäischen Wirtschaftsleistung entspricht.

Grundsätzlich ist von der Kommission mehr Flexibilität und Eigenständigkeit für die Mitgliedsländer geplant, wie Gelder verwendet werden. Für uns als CDU/CSU ist klar: Dieser Haushalt muss auf Verlässlichkeit, Planbarkeit und echten europäischen Mehrwert ausgerichtet sein, um zentrale Herausforderungen, wie Verbesserung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit, die Herstellung europäischer Verteidi-

gungsfähigkeit, aber auch Gestaltung einer zukunftsfähigen Agrarpolitik, gemeinsam bewältigen zu können.

Nationale Alleingänge bei Einsatz von EU-Mitteln unterminieren gemeinsame Ziele, schwächen Demokratie und fördern Intransparenz sowie Missbrauch. Besonders in der Agrar- und Regionalpolitik, für die allein 300 Milliarden Euro vorgesehen sind, wäre es ein schwerer Fehler, Haushaltsmittel stärker in den Hauptstädten zu bündeln. Unsere Landwirte und Regionen leisten einen unverzichtbaren Beitrag für den

Zusammenhalt Europas. Sie verdienen weiterhin eigenständige, verlässliche Finanzierungsinstrumente. Nur so kann die EU den Herausforderungen im ländlichen Raum wirksam begegnen.

Die CDU/CSU-Fraktion setzt sich daher weiterhin für ein starkes, eigenständiges Agrarbudget ein. Jetzt ist nicht die Zeit für politische Experimente - jetzt ist die Zeit für Stabilität und Verantwortung.



Mehr Flexibilität für niedrigere Gaspreise

Im Juli hat das Europäische Parlament beschlossen, die Gasspeicher-Regeln bis Ende 2027 zu verlängern, diese jedoch flexibler gestaltet, um Spekulationen auf dem Gasmarkt zu bekämpfen, was die

Preise senken soll. So erhalten die Mitgliedsstaaten einerseits größeren Spielraum für die Erreichung des Befüllungsziels und können, andererseits, bei Engpässen um bis zu 15% vom Befüllungsziel abweichen.

Ziel des Gesetzes ist es, die Versorgungssicherheit und Preisstabilität zu gewährleisten, aber auch Europa von russischen Gaslieferungen unabhängiger zu machen.

Kampf um Fluggastrechte: CDU/CSU wehren sich gegen EU-Einschränkungen

Seit mittlerweile 21 Jahren gilt in der Europäischen Union das Recht, dass Fluggäste nach einer mindestens dreistündigen Verspätung eine Entschädigungszahlung erhalten. Bereits vor 12 Jahren hatte die EU-Kommission eine Aktualisierung dieser EU-Fluggastrechte vorgeschlagen. Jahrelang tat sich nichts, da die EU-Mitgliedstaaten sich nicht einig konnten.

Nun gab es kurzfristig, gegen die Stimme der unionsgeführten Bundesregierung, eine Einigung zwischen den Mitgliedstaaten, die den Entschädigungsanspruch und damit die Rechte der Passagiere einschränken würde. Zudem möchten die Mitgliedstaaten die Reform in einer Art Eilverfahren beschließen.



Jens Gieseke (CDU), verkehrspolitischer Sprecher der EVP-Fraktion, kritisiert, dass es nach über einem Jahrzehnt der Untätigkeit im Rat „nicht akzeptabel ist, eine Reform im Eilverfahren durchzupeitschen“, da dies „auf Kosten der Passagiere“ gehe. Die Mitgliedstaaten wollten die Entschädigungsregeln deutlich abschwächen.

CDU und CSU setzen sich gegen eine Abschwächung der bestehen Rechte ein. In einer Plenardebatte im Juni haben wir diese Position noch einmal deutlich gemacht. Das Europäische Parlament wird sich entschieden für die Rechte der Flugreisenden einsetzen, damit europäische Verbraucher auch in Zukunft unbesorgt in den Urlaub fliegen können.

Flexiblere CO2-Grenzwerte zur Entlastung der Automobilindustrie

Die Automobilindustrie spielt eine zentrale Rolle für die deutsche und europäische Wirtschaft. Über 13 Millionen Arbeitsplätze hängen in der EU direkt oder indirekt von ihr ab. Doch die Branche

steht vor großen Herausforderungen – insbesondere der Umstieg auf Elektromobilität, Digitalisierung und politische Unsicherheiten wie Zölle setzen die Hersteller massiv unter Druck.

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen schlägt vor, die CO2-Flottengrenzwerte flexibler zu gestalten. Statt einer jährlichen sollen diese künftig alle drei Jahre überprüft werden. Diese Grenz-

werte legen fest, wie viel CO₂ neu zugelassene Autos im EU-Durchschnitt ausstoßen dürfen. Elektroautos können dabei emissionsstarke Verbrenner ausgleichen. Doch die strengen Vorgaben sind in den nächsten Jahren kaum zu erfüllen, und Elektrofahrzeuge sind für viele Verbraucher noch keine echte Alternative.

Das Europäische Parlament hat diesen Vorschlag deshalb in einem Dringlichkeitsverfahren zügig angenommen. Die neue Regelung gibt den Herstellern mehr Zeit und Spielraum, ohne die Klimaziele aufzugeben. Eine Überarbeitung der Flottengrenzwerte ist jedoch weiter erforderlich.

Es braucht mehr Technologieoffenheit, um den Straßenverkehr langfristig klimafreundlicher und emissionsärmer zu gestalten. Autofahrer sollten aus Überzeugung und nicht aus Zwang auf grüne Mobilität umsteigen. Die EU muss daher klare, praktikable Perspektiven bieten, damit die Autoindustrie diesen Wandel erfolgreich meistern kann.

Verantwortungsvolle Asylpolitik mit neuer dänischer Ratspräsidentschaft

Im Juli hat Dänemark turnusgemäß den Vorsitz im Rat der Europäischen Union von Polen unter dem Motto „Ein starkes Europa in einer Welt im Wandel“ übernommen. In einer Zeit, in der Europa mit sicherheitspolitischen Bedrohungen und anhaltendem Migrationsdruck konfrontiert ist, kommt die-

ser Aufgabe besondere Bedeutung zu.

Der Fokus richtet sich unter anderem auf die Herstellung der Verteidigungsfähigkeit der EU bis 2030. Als CDU/CSU setzen wir uns deshalb für eine stärkere europäische Koordinierung in der Verteidigungspolitik, gezielte Investi-

tionen in unsere Streitkräfte sowie für einen wirksamen Schutz der EU-Außengrenzen ein.

Die konsequente und gleichzeitig menschenwürdige dänische Umsetzung des EU-Migrations- und Asylpakts kann Vorbildcharakter haben, vor allem bei Rückführungen, Integration und dem Umgang mit irregulärer Migration. Gerade jetzt braucht Europa eine solche klare Ausrichtung. Es darf gerade keine Spaltung geben, wie sie von extremen rechten und linken Kräften vorangetrieben wird.

Unser Ziel bleibt klar: Europas Sicherheit stärken und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in eine handlungsfähige Union festigen.



Europäer wollen mehr EU in Sicherheit und Verteidigung

Die jüngste Eurobarometer-Umfrage zeigt: Das Vertrauen in die EU wächst spürbar. Gerade in unsicheren Zeiten wünschen sich knapp 70% der EU-Bürgerinnen und Bürger mehr Schutz durch die Europäische Union. Verteidigung und Sicherheit stehen klar im Mittelpunkt dieser Erwartungen wobei viele im gemeinsamen Handeln der EU-Mitgliedsstaaten den Schlüssel sehen, um die EU handlungs- und widerstandsfähig zu machen.

Vor dem Hintergrund der wachsenden Bedrohung durch

Russland hat die EU mit dem sogenannten ReArm Europe Plan umfangreiche Maßnahmen zur Stärkung der europäischen Verteidigungsfähigkeit auf den Weg gebracht: Neben Finanzhilfen im Umfang von 150 Euro Milliarden für Investitionen der Mitgliedstaaten und Ausnahmen von den Verschuldungsregeln, werden EU-Förderprogramme angepasst, um die europäische Verteidigungsindustrie zu modernisieren, die strategische Autonomie zu erhöhen und Abhängigkeiten von Drittstaaten zu reduzieren. Ebenfalls soll die

Kooperation mit der Ukraine vertieft werden, von deren Erfahrungen wir erheblich profitieren können.

Das klare Signal lautet: Europa muss enger zusammenrücken, schneller handeln und seine strategische Autonomie ausbauen.

IMPRESSUM

Michael Gahler
EVP-Fraktion im
Europäischen Parlament

ASP 15 E 262
B-1047 Brüssel
Tel +32-2-2845977
Fax +32-2-2849977
michael.gahler@
europarl.europa.eu
www.michael-gahler.eu
michael.gahler.eu



Europabüros:

Wasserweg 2
64521 Groß-Gerau
Tel: +49-6152-932510
und Steubenplatz 12
64293 Darmstadt
Tel: +49-6151-1712-13

Bildnachweis:

Europäisches Parlament,
Europäische Kommission
freepik.com

73. Europäischer Wettbewerb 2026

Der 73. Europäische Wettbewerb startet unter dem Motto „Dein Europa: Recht, Respekt – Realität?!“ und lädt Schülerinnen und Schüler aller Altersgruppen ein, sich kreativ mit Menschenrechten wie Meinungsfreiheit oder Kinderrechten auseinanderzusetzen. Insgesamt 13 altersgerechte Aufgaben stehen zur Auswahl, die sowohl analog als auch digital bearbeitet werden können.

Ob Gemälde, Film oder Gedicht, Song, Comic oder Rede

– der Fantasie sind keine Grenzen gesetzt! Bewertet wird dabei nicht nur die Kreativität, sondern auch die kritische Auseinandersetzung mit dem Thema. Zu gewinnen gibt es neben Büchern und Geldpreisen auch Bildungsreisen, unter anderem ins Europäische Parlament.

WEB-TIPP

Alle Informationen zum Wettbewerb finden Sie hier:
<https://www.europaeischer-wettbewerb.de/>